

Frank Decker · Viola Neu (Hrsg.)

Handbuch der deutschen Parteien

Frank Decker
Viola Neu (Hrsg.)

Handbuch der deutschen Parteien



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage März 2007

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Lektorat: Frank Schindler

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15189-2

Inhaltsübersicht

Vorwort	7
Inhalt und Systematik des Handbuchs	9
Kurzbezeichnungen der Parteien	12

Allgemeiner Teil

<i>Frank Decker</i>	
Parteiendemokratie im Wandel	19
<i>Paul Lucardie</i>	
Zur Typologie der politischen Parteien	62
<i>Heike Merten</i>	
Rechtliche Grundlagen der Parteiendemokratie	79
<i>Oskar Niedermayer</i>	
Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems	114

Lexikalischer Teil

Die Parteien von A - Z	139
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	431
Autoren	434
Personenregister	436

Vorwort

Die bundesdeutsche Parteienlandschaft ist in Bewegung geraten. Spätestens mit der Bundestagswahl 2005 wurde zur Gewissheit, was sich schon seit längerem angebahnt hatte, in seinen vollen Konsequenzen aber noch nicht sichtbar geworden war: dass die Ära des stabilen Parteiensystems, das bisher noch stets die Bildung einer Regierung nach dem vertrauten Muster (kleiner) Zweierkoalitionen ermöglichte, fürs erste vorüber ist. Obwohl man diese Entwicklung hätte vorausahnen können, hinterließ sie die parteipolitische Klasse am Wahlabend des 18. September ratlos. Plötzlich erschien alles machbar und kein Tabu mehr heilig – von der schwarz-gelb-grünen „Jamaika“-Koalition bis hin zum israelischen Modell einer rotierenden Kanzlerschaft. Selbst über die Möglichkeit einer lediglich geduldeten Minderheitsregierung wurde munter schwadroniert – so als ob es das „Magdeburger Modell“ oder die heftige Debatte um die Rolle des SSW nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein nicht gegeben hätte. Union und SPD trösteten sich in der Folge mit der vermeintlichen Gewissheit, dass die von ihnen widerwillig gebildete Große Koalition ohnehin nur eine Übergangslösung sein werde. Diese Erwartung wurde auch vom Mainstream der Politikwissenschaft ausgesprochen oder unausgesprochen geteilt. Allein auf die Frage nach möglichen Auswegen wusste und weiß man sich auch hier keinen rechten Reim.

Die neuen Herausforderungen für die Regierungsbildung stehen in engem Zusammenhang mit der Wechselmobilität der Wähler, die seit den achtziger Jahren deutlich zugenommen hat. Zweistellige Veränderungen von Wahl zu Wahl sind dabei längst keine Ausnahme mehr. Dieser Trend macht sich nicht nur in den neuen Ländern bemerkbar, wo die Bindungen der Wähler an die Parteien und deren Vorfeldstrukturen traditionell schwach ausgeprägt sind. Das Abschneiden der Schill-Partei bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001, die aus dem Stand 19,4 Prozent der Stimmen erreichte, oder der Stimmenverlust der CDU bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im selben Jahr (minus 17 Prozentpunkte), dokumentieren eine ähnlich hohe Wechselbereitschaft in der Altbundesrepublik. Auch die Beteiligungsraten schwanken von Wahl zu Wahl und zwischen den verschiedenen Wahlebenen erheblich. Warum die Wähler sich so verhalten, von welchen Motiven sie sich bei ihrer Stimmabgabe leiten lassen, bleibt zunehmend im Nebel. Protest, Unzufriedenheit, Unsicherheit, Desinteresse, Verlust sozialer Einbindung oder Atomisierung machen die Wahlentscheidung

gleichermaßen emotional, unmittelbar und somit unberechenbar. Dies hat zu einer neuen Dynamisierung des Parteiensystems geführt, die mehr Fragen aufwirft als mit der traditionellen Wahlforschung bislang beantwortet werden können.

Symptomatisch für die Fragmentierung der Parteienlandschaft sind die wachsenden Stimmenanteile für die kleinen Parteien. Hierzu gehören zum einen – als etablierte Vertreter – die FDP und die Grünen, zum zweiten die systempositionellen bzw. -kritischen Parteien am rechten und linken Rand und zum dritten die übrigen nicht-etablierten Kleinparteien, die in der Wahlberichterstattung gerne unter den „Sonstigen“ abgelegt werden. Letztere kamen in der Ära des stabilen Parteiensystems in den sechziger und siebziger Jahren zusammengekommen nur selten über zwei Prozent der Stimmen hinaus. Heute erreichen sie mitunter zehn Prozent oder mehr wie etwa bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin im September 2006 (13,7 Prozent). Dennoch wurde ihnen in der Parteienforschung bislang wenig Beachtung geschenkt.

Diese unbefriedigende Situation hat die Herausgeber bewogen, sich an einer lexikalischen Bestandsaufnahme des bundesdeutschen Parteiensystems zu versuchen. Wir knüpfen dabei bewusst an die Konzeption des 1983 erschienen, mehrbändigen „Parteien-Handbuches“ von Richard Stöss an, das 1986 in einer identischen Taschenausgabe wieder aufgelegt, anschließend aber nicht mehr fortgeschrieben wurde. Frank Schindler hat das Projekt als Lektor des VS-Verlages von Beginn an ermutigt und positiv begleitet. Für die Aufsätze im allgemeinen Teil und die Bearbeitung der insgesamt 82 Parteien konnten 27 Autorinnen und Autoren gewonnen werden, von denen einige dankenswerterweise gleich mehrere Beiträge übernommen haben. Die Anfertigung des Personenregisters, die Zusammenstellung des Zahlenmaterials und die übrigen angefallenen Recherche- und Korrekturarbeiten wurden von Dominik Rudolf und Marcel Solar zuverlässig erledigt. Prof. Dr. Werner Müller hat sich die Mühe gemacht, das abschließende Manuskript gründlich durchzusehen. Ihnen allen möchten die Herausgeber für ihre Unterstützung und Mitarbeit herzlich danken.

Bonn und Berlin im Januar 2007

Frank Decker / Viola Neu

Inhalt und Systematik des Handbuches

Das vorliegende Handbuch möchte eine Bestandsaufnahme des aktuellen Parteiensystems in der Bundesrepublik liefern und dessen Entwicklung insbesondere seit den achtziger Jahren im Detail beleuchten. Das Buch gliedert sich in einen allgemeinen und einen lexikalischen Teil. Im allgemeinen Teil, der vier Beiträge umfasst, werden grundlegende Fragestellungen erörtert. Der Einleitungsbeitrag von Frank Decker lenkt den Blick zunächst auf die zunehmenden Legitimationsprobleme des parteiendemokratischen Systems, deren Ursachen, Erscheinungsformen und Konsequenzen am Beispiel der Bundesrepublik dargestellt werden. Der niederländische Politikwissenschaftler Paul Lucardie unternimmt es anschließend, die verschiedenen Begriffsmerkmale und Typologisierungsversuche politischer Parteien systematisch zu ordnen. Unterschieden wird dabei nach der Programmatik oder Ideologie der Partei, ihren Zielen und Funktionen im politischen System, dem Ursprung der Partei, der Parteiorganisation sowie der soziologischen Basis und Wählerstruktur. Der dritte Beitrag wendet sich schließlich den rechtlichen Grundlagen der Parteiendemokratie in Deutschland zu. Die Düsseldorfer Rechtswissenschaftlerin Heike Merten behandelt hier zum einen die im Parteiengesetz geregelten Modalitäten des Parteiwesens und des Parteienwettbewerbs (Chancengleichheit, innerparteiliche Demokratie, Parteienfinanzierung, Parteienverbot u.a.), zum anderen die für die Strukturen des Parteiensystems nicht minder bedeutsamen Wahlrechtsregelungen. Den Abschluss des allgemeinen Teils bildet Oskar Niedermayers Versuch, die Entwicklungslinien des bundesdeutschen Parteiensystems von 1949 bis heute in einem kompakten Überblick nachzuzeichnen. Die gängigen Kriterien der deskriptiven Parteiensystemanalyse verwendend (Fragmentierung, Symmetrie/Asymmetrie, Polarisierung u.ä.), unterscheidet der Berliner Politikwissenschaftler dabei insgesamt fünf Phasen, die von der Formierung des Systems in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur fluiden Fünfparteienstruktur der Gegenwart reichen.

Im lexikalischen Teil werden – von 25 Autoren bearbeitet – insgesamt 82 Parteien abgehandelt. Berücksichtigung finden nur diejenigen Parteien, die ab 1982 an Bundestags-, Europa- und / oder Landtagswahlen teilgenommen haben. Vollständigkeit sollte und konnte dabei nicht angestrebt werden; deshalb wurde eine Mindesterfolgs- bzw. Teilnahmeschwelle festgelegt: Aufgenommen sind die Parteien, die auf allen drei Ebenen (Land, Bund, Europa) bei Wahlen angetreten

sind sowie jene Parteien, die bei mindestens einer Wahl (auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene) mehr als 0,5 Prozent der Stimmen erzielt haben.¹ Diese Marke ist gleichbedeutend mit dem Schwellenwert für die Inanspruchnahme der staatlichen Wahlkampffinanzierung bei Bundestags- oder Europawahlen. Sie liegt unterhalb der Zwei-Prozent-Schwelle, die laut Sartori überschritten sein muss, um von einer relevanten Partei zu sprechen, doch geschieht das hier mit voller Absicht: Das Handbuch soll gerade den Klein- und Kleinstparteien gebührenden Platz einräumen, die nicht nur in der öffentlichen Aufmerksamkeit, sondern auch von der Forschung regelmäßig vernachlässigt werden. Rechnung getragen wird dem zugleich durch eine Abstufung des Umfangs der Artikel, der zwischen 12 bis 20 Seiten für die Bundestagsparteien und 1 bis 5 Seiten für die marginalisierten (nicht-relevanten) Splitterparteien schwankt; die letztgenannten werden insofern überproportional berücksichtigt.

Die Artikel folgen einem identischen Muster. Nach einem einleitenden Überblick zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Partei werden zuerst die Wahlergebnisse und Wählerstruktur, sodann die Programmatik und schließlich die Organisation der Partei behandelt, bevor ein kurzes Fazit die Darstellung abrundet; einzig der Beitrag über die →Freien Wähler, die als Dachorganisation kommunaler Wählergemeinschaften keine Partei im üblichen Sinne sind, weicht von diesem Schema geringfügig ab. Am Ende der Artikel wird – falls verfügbar – auf wissenschaftliche Literatur hingewiesen und die Internetadresse der Partei angegeben.

Die Bearbeitung gestaltete sich insbesondere bei denjenigen Kleinstparteien schwierig, zu denen es keine wissenschaftliche Literatur und auch ansonsten kaum Material gibt. Die Autoren mussten sich hier häufig mit nur wenigen Zeitungsartikeln sowie eigenen Angaben der Parteien behelfen, die natürlich immer mit Vorsicht zu genießen sind. Diese Quellen werden unter den Literaturangaben in der Regel nicht eigens aufgeführt. Dasselbe gilt für die Unterlagen der Wahlleiter sowie – im Falle extremistischer Parteien – die Verfassungsschutzberichte, soweit sie Informationen zu den betreffenden Parteien enthalten.

Wer den lexikalischen Teil etwas genauer durchmustert, wird eine Unzahl von Querverbindungen zwischen den meisten der behandelten Parteien feststellen. Auch die Herausgeber waren überrascht, wie viele Abspaltungen, Neugründungen, Fusionen und Kooperationen es in der bundesdeutschen Parteienland-

¹ Eine vollständige Liste aller Parteien und Vereinigungen, die seit 1946 bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen angetreten sind, ist beim Bundeswahlleiter erhältlich. Statistisches Bundesamt, Hg. (2005), Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005. Heft 1: Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlen, Wiesbaden, S. 191 ff.

schaft im fraglichen Zeitraum gegeben hat, als sie die Summe der Einzelartikel in Augenschein nahmen. Um dem Benutzer die Orientierung zu erleichtern, sind in die Beiträge bei Bedarf Verweisungspfeile auf andere Parteien eingefügt worden; darüber hinaus findet sich am Ende des Bandes ein umfangreiches Personenregister.

Im lexikalischen Teil werden die Parteien alphabetisch nach ihrem vollen Namen aufgelistet – für alternative (frühere oder spätere) Namensgebungen oder Zusatzbezeichnungen, wie sie gerade von den Kleinstparteien gerne verwendet werden, finden sich entsprechende Verweise. Die Schreibweise folgt der offiziellen Benennung im Verzeichnis des Bundeswahlleiters. Bestimmte Artikel bleiben als Namensbestandteil bei der Alphabetisierung unberücksichtigt. In den Artikeln selbst werden die Parteien in der Regel bei ihrem offiziellen Kürzel genannt; dasselbe gilt für die anderen dort erwähnten (und im Handbuch berücksichtigten) Parteien. Eine alphabetische Auflistung der Parteien nach ihren Abkürzungen bzw. Kurzbezeichnungen ist dem allgemeinen Teil vorangestellt. Parteien oder Vereinigungen, die im Handbuch nicht eigens behandelt werden, sind in den Artikeln stets mit vollem Namen genannt.

Kurzbezeichnungen der Parteien

50 Plus	50 Plus – Bürger- und Wählerinitiative für Brandenburg
AFB	Arbeit für Bremen und Bremerhaven
AfW	Allianz freier Wähler
AFP	AUTOFAHRER PARTEI (→APD)
AL	Alternative Liste (→GRÜNE)
AL	Alternative Liste Hamburg
ALP	Arbeitslosen-Partei
APD	AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS
APPD	Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands
ASD	Alle Sozialversicherten und Rentner Deutschlands (Rentnerpartei)
	Arbeits-Solidargemeinschaft der Rentner, Angestellten und Arbeiter – Rentnerpartei Deutschlands
AUB-Brandenburg	Allianz Unabhängiger Bürger – Brandenburg e.V.
AUFBRUCH	Aufbruch für Bürgerrechte, Freiheit und Gesundheit
BAL	Betrieblich-Alternative Liste
BFB	BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND Die Freiheitlichen
BFD	Bund Freier Demokraten (→FDP)
BFWG	Brandenburgische Freie Wähler-Gemeinschaften (→FW)
BID	Bürgerinitiative für Deutschland (→BSP Berlin)
BP	Bayernpartei
BRB	Pro Brandenburg – Bürger rettet Brandenburg
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale (→PSG)
BSP Berlin	Bürger- und Stadtpartei Berlin
Bü. 90	Bündnis 90
Bürger	BürgerBündnis freier Wähler
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
C.B.V.	Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands

CHR.L.	→LIGA
CLP	CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten
CPL	Christliche Partei für das Leben (→LIGA)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
DA	Bürgerbewegung Demokratischer Aufbruch
DA	Demokratische Alternative für Umweltschutz, Steuerzahler und Arbeitsplätze
DAP	Deutsche Arbeitslosenpartei (→ALP)
DBU	Deutsche Biertrinker Union
Deutsche Liga	→DLVH
Deutschland	Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFP	Deutsche Forumpartei (→FDP)
DIE FRAUEN	Feministische Partei DIE FRAUEN
DIE GRAUEN	→GRAUE
Die Grünen	→GRÜNE
Die Linke	→PDS
Die Linke.PDS	→PDS
Die Linkspartei	→PDS
Die Tierschutzpartei	Mensch Umwelt Tierschutz
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DLVH	Deutsche Liga für Volk und Heimat
DP	DEUTSCHE PARTEI
DSU	Deutsche Soziale Union
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION
EAP	Europäische Arbeiterpartei
EFP/EP	Europäische Föderalistische Partei – Europa Partei
Eltern	Elternpartei – für eine familienfreundliche Politik
FAG Hessen	FAG FlughafenAusbauGegner Hessen
FAMILIE	FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FDP	Freie Demokratische Partei
FDP/DPS	Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar (→FDP)
FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei (→FDP)
FDVP	Freiheitliche Deutsche Volkspartei – Die Freiheitlichen in Deutschland

FORUM	NEUES FORUM
FRAUEN	FRAUENPARTEI
FRIEDEN	DIE FRIEDENSLISTE
Für Kinder	Zukunft für alle Kinder
future!	future! – die jugendpartei
FW	Freie Wähler
FWG	→FW
GAL	Grün Alternative Liste (→GRÜNE)
GRAUE	DIE GRAUEN – Graue Panther
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
GUT	Gerechtigkeit – Umwelt – Tierschutz (→GRAUE, →ödp, →Die Tierschutzpartei)
HLA	Hamburger Liste für Ausländerstopp
HP	Humanistische Partei
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (→MLPD)
LIGA	CHRISTLICHE LIGA – Die Partei für das Leben
Linke Alternative	Linke Alternative – Wehrt Euch
Linkspartei	→PDS
Liste D	→DVU
LL/PDS	→PDS
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
Mündige Bürger	Die Mündigen Bürger
MUT	→Die Tierschutzpartei
NATURGESETZ BEWUSSTSEIN	NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM-
NEUES FORUM	→FORUM
NEUE STATT PARTEI	DIE NEUE STATT PARTEI Landesverband Niedersachsen
NFGRDJ	Neues Forum Die Grünen Demokratie Jetzt (●FORUM)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
ödp	Ökologisch-demokratische Partei
ÖDP	→ödp
ÖKO-UNION	DEUTSCHE SOLIDARITÄT, Union für Umwelt- und Lebensschutz
Offensive D	→Schill
PASS	Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus

PDS/Linke Liste	→PDS
PDS – LL	→PDS
PRO	Partei Rechtsstaatlicher Offensive (→Schill)
Pro DM	Initiative pro D-Mark – neue liberale Partei
Pro DM/Schill	Pro Deutsche Mitte (→Schill)
PSG	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale
REGENBOGEN	REGENBOGEN – Für eine neue Linke
Rentnerpartei	→ASD
REP	DIE REPUBLIKANER
Schill	Schill-Partei (Partei Rechtsstaatlicher Offensive)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (→PDS)
SED-PDS	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (→PDS)
SED-W	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Westberlin (→SEW)
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SI	Sozialistische Initiative (→SEW)
SLP	Sozial-Liberale Deutsche Partei (→FAP)
SPASSPARTEI	Die Spaßpartei für Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
STATT Partei	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN
Tierschutzpartei	→Die Tierschutzpartei
UFV	Unabhängiger Frauenverband
UWSH	Unabhängige Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein
VIBT	Volksinteressenbund Thüringen
VPD	Vierte Partei Deutschlands – Union für Umwelt und Lebensschutz (→ÖKO UNION)
WASG	Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative
WBK	Wählerinitiative Berliner Kleingärtner und Bürger Wählerinitiative Bürger und Kleingärtner
WIB	Wähler in Berlin (→BSP Berlin)
WSH	Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein
Zentrum	Deutsche Zentrumspartei

Allgemeiner Teil

Parteiendemokratie im Wandel

1 Parteien und Parteiensysteme als politikwissenschaftlicher Analysegegenstand

Das Studium von Parteien und Parteiensystemen gehört von jeher zu den faszinierendsten Gebieten der politikwissenschaftlichen Regierungslehre. Der Grund dafür liegt nicht allein im gewaltigen Einfluss, den die Parteien auf das politische Geschehen ausüben. Ein solcher Einfluss geht in der Bundesrepublik auch von anderen Institutionen und Akteuren aus – seien es Regierungen, Parlamente, Verwaltungen, Interessengruppen, supranationale Einrichtungen, Verfassungsgerichte oder Notenbanken. Was die Parteien von diesen unterscheidet und sie zu einer „ubiquitären“ Erscheinung macht, ist ihr Querschnittscharakter:

- Die politologischen Lehrbücher betrachten Parteien nach wie vor als die klassischen Vermittlungsinstanzen zwischen Gesellschaft und Staat und schreiben ihnen eine führende Rolle im Willensbildungsprozess und bei der Elitenrekrutierung zu.
- Parteien begegnen uns an sämtlichen Schnittstellen des politischen Systems: Sie wirken in Parlamenten, in der Regierung, auf der lokalen und regionalen Ebene bis hin in die politikferneren Bereiche der Verwaltung, Rechtsprechung und öffentlichen Wirtschaft.
- Die verschiedenen Erscheinungsformen des Politischen werden von den Parteien exemplarisch verkörpert: Als Teile der Verfassungsstruktur (*polity*) formen sie handfeste politische Institutionen, als Akteure im Willensbildungsprozess sind sie die eigentlichen Träger des demokratischen Wettbewerbs (*politics*), als „*parties in government*“ entscheiden und verfügen sie über politische Inhalte (*policies*).

Die politikwissenschaftliche Antwort auf diese Ubiquität bestand in der Aufstellung immer ausgedehnterer Funktionskataloge, entlang derer die Parteienanalyse betrieben wurde (vgl. z.B. von Beyme 1984, Steffani 1988, Helms 1995, Dalton/Wattenberg 2000). Dass die Politologen ihrem Gegenstand damit gewissermaßen

selbst auf dem Leim gingen, sei nur am Rande vermerkt. Die Ausweitung der Funktionen der Parteien war ja kein naturgegebener Prozess, sondern wurde von den politischen Akteuren selbst betrieben. Symptomatisch für diesen Herrschaftsanspruch, durch den die Parteiendemokratie mehr und mehr zum Parteienstaat mutierte, ist die Entwicklung der gesetzlichen Grundlagen. Begnügte sich das Grundgesetz in Art. 21 noch damit, den Parteien eine allgemeine Mitwirkungsfunktion an der politischen Willensbildung zuzuschreiben, so postulierte das 1967 erlassene Parteiengesetz diese Funktion gleich „für alle Gebiete des öffentlichen Lebens“. Länder wie Italien und Österreich sind in der parteienstaatlichen Transformation ihres politischen Systems noch sehr viel weiter gegangen.

Auch die politikwissenschaftlichen Funktionenkataloge haben durch ihre normative, von demokratietheoretischen Vorstellungen geleitete Aufladung den Blick auf die Wirklichkeit zuweilen getrübt. Bis heute krankt ein Großteil der Arbeiten über Parteien und Parteiensysteme daran, dass sie sich an einem demokratischen Leitbild orientieren, über das die Zeit längst hinweg gegangen ist. Die Folgen waren voreilige Prognosen über den Niedergang der Parteien, die dem tatsächlichen Bild ihres Funktionenwandels nicht standhielten.

Dennoch gibt es genug Gründe, sich über den Zustand des parteiendemokratischen Systems in der Bundesrepublik Sorgen zu machen. Ohne sich auf die wenig fruchtbare Diskussion um den sozialwissenschaftlichen Krisenbegriff einzulassen, scheint es nicht übertrieben, von einer Vertrauens-, Repräsentations- oder Legitimationskrise des Parteienstaates zu sprechen. Streicht man die unterschiedlichen Nuancen ab, besagen all diese Begriffe mehr oder weniger dasselbe. Kern der Krise ist eine gestörte Beziehung zwischen Bürgern und Parteien, die sich in Wahlabstinenz, abweichendem Stimmverhalten und der Zunahme anderweitiger Protestformen ausdrückt. All das zieht Veränderungen im Parteiensystem und den Strukturen des Parteienwettbewerbs nach sich, die wiederum für die Koalitionsbeziehungen und Regierungsbildung maßgeblich sind. Anknüpfend an die Systemtheorie von David Easton könnte man „Krise“ auch mit wachsender politischer Unzufriedenheit übersetzen (was gleichbedeutend ist mit dem Entzug politischer Unterstützung). Diese Begrifflichkeit wird im Englischen vorgezogen. Im Deutschen hat sich demgegenüber der Begriff der Verdrossenheit durchgesetzt, der inzwischen auch von der Alltagssprache vereinnahmt wurde. Als „Politikverdrossenheit“ birgt dieser allerdings die Gefahr, mit Apathie oder politischem Desinteresse verwechselt zu werden. Dem Deutschen mangelt es hier an der Differenziertheit des angelsächsischen Politikbegriffs. Um Missverständnisse zu vermeiden, müsste man deshalb genauer von Politiker-, Parteien- oder – noch umfassender – Systemverdrossenheit sprechen (Lösche 1995).

Nun ist die Rede von einer Krise der Parteien und der Parteiendemokratie ebenso wenig neu wie die Niedergangsthese. Sie kann an den immer gleichen Buch- und Aufsatztiteln abgelesen werden kann, in denen das Thema in regelmäßigen Abständen aufbereitet wird. Für die siebziger Jahre seien hier stellvertretend der Band von Dittberner/Ebbighausen (1973), für die achtziger Jahre Krockow/Lösche (1986) genannt. Von Anfang bis Mitte der neunziger Jahre erlebte die Debatte einen neuen Höhepunkt. War der Ausstoß in den früheren Krisenperioden noch bescheiden, ergoss sich jetzt eine wahre Flut von journalistischen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen auf das Publikum, von denen die meisten den Begriff der Parteien- oder Politikverdrossenheit im Titel führten (vgl. den Literaturüberblick bei Arzheimer 2002). Die rechts- und politikwissenschaftlichen Beiträge spiegelten dabei den Methodenpluralismus der Disziplinen wider; sie reichten von der normativ aufgeladenen Streitschrift (z.B. von Arnim 1993) bis hin zur nüchternen quantitativ-empirischen Analyse (z.B. Pickel / Walz 1997), wobei sich der politikwissenschaftliche Mainstream um eine mittlere Position bemühte (z.B. von Beyme 1994). Die Diskussion blieb nicht ohne Konsequenzen. Sie nötigte die Parteien zu einer plebiszitären Öffnung der Vermittlungsstrukturen, um der Kritik Wind aus den Segeln zu nehmen. Die flächendeckende Einführung der Volksgesetzgebung in den Ländern, die Reform des Wahlrechts und der Ratsverfassungen in den Kommunen und der Ausbau der Basisdemokratie in den Parteien selbst durch Urwahlen und Mitgliederentscheide müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden (Scarrow 1997). Die politische Klasse wollte mit deren Hilfe einem weiteren Ansehensverlust vorbeugen. Die Reformen führten allerdings weder zur Selbstentmachtung der Parteien, noch konnten sie einen nennenswerten Anstieg der Partizipationsbereitschaft bewirken.

In der nachfolgenden Darstellung sollen nach einem einleitenden Blick auf die äußeren Erscheinungsformen des Parteiensystemwandels (2) und dessen unterschiedlichen Verlauf in West- und Ostdeutschland (3) die Ursachen der Vertrauenskrise systematisch herausgearbeitet werden. Diese reichen von der gesellschaftlichen Entwurzelung der Parteien (4) über die gestiegenen Anforderungen des Regierens (5) bis hin zur „Belagerung“ der Politik durch die Medien (6) und die nur schwer vermittelbare Selbstprivilegierung der politischen Klasse (7). Anschließend wird gezeigt, wie sich diese Krisenzeichen in der Organisationswirklichkeit der Parteien bemerkbar machen (8) und – darauf aufbauend – nach Möglichkeiten gefragt, dem entgegenzuwirken. Das Hauptaugenmerk liegt hier auf der Einführung direktdemokratischer Beteiligungsformen inner- und außerhalb der Parteien (9).

2 Der Wandel des Parteiensystems seit den achtziger Jahren

Es ist nicht ohne Ironie, dass die bisher umfangreichste Bestandsaufnahme des bundesdeutschen Parteiensystems – das mehrbändige Parteien-Handbuch von Richard Stöss – zu einer Zeit erschien, als das Parteiensystem seinen höchsten Konzentrationsgrad erreicht hatte (Stöss 1983). Von den 47 Parteien, die in dem Handbuch zumeist sehr ausführlich abgehandelt wurden, spielten in den siebziger Jahren nur noch die vier Bundestagsparteien (→CDU, →CSU, →SPD und →FDP) eine nennenswerte Rolle. Der zusammengenommene Stimmenanteil der sonstigen, nicht-etablierten Kleinparteien blieb marginal. Selbst auf der Länderebene konnte sich keine dieser Parteien durchsetzen oder behaupten, wenn man von der schleswig-holsteinischen Besonderheit des →SSW, den Achtungserfolgen einiger linksextremistischer Vertreter in den drei Stadtstaaten eingangs der siebziger Jahre und dem singulären Erfolg des rechtskonservativen „Bundes Freies Deutschland“ (BFD) bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl 1975 einmal absieht. Dessen Ergebnis (3,4 Prozent) blieb das beste Wahlergebnis einer „vierten Partei“ in den siebziger Jahren und sollte ab 1979 erst von den Grünen übertroffen werden.

Die Ära der Stabilität des deutschen Parteiensystems währte bis etwa Mitte der achtziger Jahre. Der fortwährende Konzentrationsprozess, der zu Beginn der sechziger Jahre zur Herausbildung eines Zweieinhalb-Parteiensystems mit Union, SPD und FDP geführt hatte, wurde lediglich durch die sogenannte „zweite Welle“ des Rechtsextremismus kurzzeitig unterbrochen, die die 1964 gegründete →NPD ab Mitte der sechziger Jahre in mehrere Landtage spülte. Bei der Bundestagswahl 1969 unterschritten die Rechtsextremen die Fünf-Prozent-Hürde nur knapp. Danach fielen sie jedoch rasch in elektorale Bedeutungslosigkeit und konnten auch in den Ländern an ihre Erfolge nicht mehr anknüpfen.

Am linken Rand des politischen Spektrums verlief die Entwicklung anders. Hier gelang den aus der Bürgerinitiativ- und Friedensbewegung hervorgegangenen Grünen Listen, die sich ausgangs der siebziger Jahre zur Partei der Grünen vereinigten, die dauerhafte Etablierung (→Bündnis 90/Die Grünen). Zunächst eine radikale Protestpartei, wuchsen die Newcomer schnell in die politische Verantwortung hinein. Nachdem sie 1983 erstmals in den Bundestag eingezogen waren, kam es bereits 1985 zu einer Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten auf Landesebene (in Hessen), der zahlreiche weitere rot-grüne Bündnisse folgten. Der Wahlsieg von SPD und Grünen bei der Bundestagswahl 1998 ging auch darauf zurück, dass es letzteren gelungen war, die Freien Demokraten ab Mitte der neunziger Jahre vom angestammten dritten Platz im Parteiensystem zu

verdrängen. Diese Position konnten die Grünen auch als Regierungspartei erfolgreich behaupten.

Noch ehe es sich konsolidiert und zu einer neuen bipolaren Struktur verfestigt hatte (mit dem bürgerlichen Lager aus Union und FDP auf der einen und Rot-Grün auf der anderen Seite), wurde das Vierparteiensystem in den achtziger Jahren durch andere Entwicklungen herausgefordert. Eine davon war die auf allen Ebenen sinkende Wahlbeteiligung, die von einer gelockerten Bindung der Wähler an die Parteien und das demokratische System kündete (Niedermayer 2001: 163 ff.). Dass ein Teil der Wahlenthaltung auf Frustration und Unzufriedenheit zurückzuführen war, konnte man auch an den gleichzeitig wachsenden Stimmenanteilen für die „sonstigen“ Parteien ablesen, von denen sich manche als ausdrückliche Protestparteien verstanden. Den Hauptnutzen daraus zogen erneut die rechtsextremen Vertreter, die sich nun vor allem im populistischen Gewande präsentierten. Die dritte Welle des Rechtsextremismus hob ausgangs der achtziger Jahre an und ist bis heute nicht abgerissen (Decker / Miliopoulos 2005). Auf ihr konnten die 1983 als Abspaltung von der CSU entstandenen →Republikaner (REP) drei Mal und die 1987 gegründete →DVU des Münchener Verlegers Gerhard Frey sieben Mal in die Landesparlamente einziehen. Hinzu kam der Wahlerfolg der Republikaner bei der Europawahl 1989, als sie mit 7,1 Prozent das bis heute beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei auf nationaler Ebene verbuchten. An der NPD lief diese Entwicklung zunächst vorbei – wenn man von einem singulären Kommunalwahlerfolg in Frankfurt a.M. Ende der achtziger Jahre einmal absieht. Die extremste der drei Rechtsaußenparteien sollte erst wieder im Jahre 2004 in Sachsen an ihre einstige Stärke anknüpfen, das sie zuvor gezielt zur Hochburg ausgebaut hatte. Mit ihrem neuerlichen Erfolg in Mecklenburg-Vorpommern im September 2006 hat die NPD inzwischen die Führungsrolle im rechtsextremen Lager übernommen, während die so verheißungsvoll gestarteten Republikaner heute nur noch ein Schattendasein fristen. Auch ideologisch gemäßigte Neugründungen wie die →Statt-Partei in Hamburg (1993), die Partei →Arbeit für Bremen und Bremerhaven (1995) oder die →Schill-Partei waren nicht in der Lage, ihre Anfangserfolge auf Dauer zu stellen und zu einer festen Größe im Parteiensystem zu werden. Besonders krass zeigte sich dieses Unvermögen bei der Schill-Partei, die bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im September 2001 mit 19,4 Prozent mehr Stimmen erzielt hatte als sämtliche Newcomer vor ihr.

Haben sich die Fragmentierungstendenzen im Parteiensystem der alten Bundesrepublik seit den achtziger Jahren kontinuierlich aufgebaut, so kam es mit der deutschen Einheit 1990 zu einem weiteren, abrupten Einschnitt. Der Beitritt der neuen Länder bescherte dem gesamtdeutschen Parteiensystem eine fünfte

Partei in Gestalt der SED-Nachfolgepartei PDS, die entgegen den ursprünglichen Erwartungen aus der deutschen Politik nicht verschwand, sondern überraschend schnell wieder Tritt fasste. Dank ihrer Stärke in den neuen Ländern schaffte die PDS bei den Bundestagswahlen 1990, 1994 und 1998 dreimal hintereinander den Sprung in den Bundestag, bevor sie 2002 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte. Ihre gesamtdeutschen Ergebnisse blieben aber zunächst noch zu schwach, um die Bildung einer Mehrheitsregierung nach dem vertrauten Muster zu vereiteln. Dies sollte sich im Jahre 2005 dramatisch ändern. Die Gründung einer linken Wahlalternativen im Westen aus Protest gegen die von der rot-grünen Bundesregierung eingeleiteten Sozialreformen und deren Wahlbündnis mit der PDS ermöglichte den Postkommunisten eine Verbreiterung ihrer Wählerbasis in die Altbundesländer, wo sie bis dahin gänzlich erfolglos gewesen waren. Der Erfolg der →Linkspartei.PDS, die ihr Ergebnis von 2002 nahezu verdoppeln konnte, führte dazu, dass es bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 für keines der beiden politischen Lager (Rot-Grün oder Schwarz-Gelb) mehr zur Mehrheit reichte.

Seit der deutschen Einheit haben wir es in der Bundesrepublik mit zwei regional unterschiedlichen Parteiensystemen zu tun. Im Osten entstand nach der Wende zunächst ein Fünfparteiensystem mit drei großen bzw. mittelgroßen (Union, SPD und PDS) sowie zwei kleineren Parteien (FDP und Bündnis 90/Grüne). Dieses System entwickelte sich Mitte der neunziger Jahre auf eine Dreiparteienstruktur mit Union, SPD und PDS zurück, wobei die Postkommunisten zu den beiden Volksparteien immer mehr aufschließen konnten. Mit dem Wiedererstarken von FDP und Grünen dürfte diese Phase inzwischen beendet sein. Nimmt man die gelegentlichen Wahlerfolge der Rechtsaußenparteien und den nach wie vor großen Zulauf der Linkspartei.PDS hinzu, zeichnet sich die Parteienlandschaft im Osten mithin durch eine hohe und weiter wachsende Fragmentierung aus. In den alten Ländern bleibt es dagegen bei der in den achtziger Jahren konsolidierten Vierparteienstruktur mit zwei annähernd gleich starken Blöcken, auch wenn die Fragmentierung hier durch das Auftreten der →WASG und die gelegentlichen Wahlerfolge rechtsextremistischer und -populistischer Parteien ebenfalls zugenommen hat. Unterstellt man, dass die Große Koalition diesen Prozess weiter beschleunigen wird, scheint eine Rückkehr zum alten System der kleinen Koalitionen nach der kommenden Bundestagswahl schwer vorstellbar.

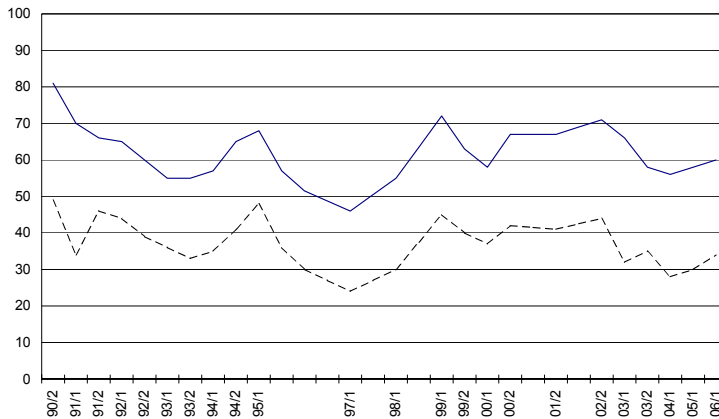
3 Der Osten als Trendsetter des Westens

Aufschlussreich ist ein Vergleich zwischen den Parteiensystemen der beiden deutschen Teilgesellschaften unter dem Gesichtspunkt der Modernität. Er stellt

ein Spiegelbild der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dar. Im Westen scheint man immer noch nicht richtig zu verstehen, welche enormen Anpassungsleistungen die Ostdeutschen in den eineinhalb Jahrzehnten seit der Wende erbracht haben (Dürr 2004). Dass die industrielle Entleerung, die ganze Landstriche veröden lässt und Teile der Bevölkerung vom gesellschaftlichen Geschehen auf Dauer abkoppelt, ein Vorbote auch für die alte Bundesrepublik sein könnte, weil sie den Gesetzmäßigkeiten der globalen Wissensökonomie entspricht, mag dort verständlicherweise niemand wahrhaben. Die Ungleichzeitigkeit der in der früheren DDR und anderen postkommunistischen Gesellschaften ablaufenden Modernisierung besteht darin, dass die Menschen einerseits in einer kurzen Zeitspanne Erfahrungen und Lernprozesse nachholen müssen, die in den etablierten demokratischen Staaten über eine sehr viel längere Strecke kontinuierlich aufgebaut wurden. Dies gilt in ökonomischer, politischer wie auch in kultureller Hinsicht. Andererseits haben diese Gesellschaften in vielen Bereichen die Möglichkeit, gleich auf dem höchsten Niveau der Entwicklung einzusteigen, weil sie die Relikte der Vergangenheit nicht mit sich schleppen müssen. Wo das Alte keinen Bestand hat und das politische Feld noch nicht von Interessenwiderständen verstellt ist, kann auch das Neue leichter gedeihen. Das Problem besteht allerdings darin, dass dieses Neue nicht automatisch zu einer größeren Lebenszufriedenheit führt. Modernisierungsprozesse teilen die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer und gehen daher stets mit „Schließungsreaktionen“ einher. Dabei muss es sich gar nicht um objektive Verluste handeln; entscheidend ist das Gefühl der (relativen) Benachteiligung, das sich aus der Orientierung an Erwartungen oder Referenzgruppen ergibt. Für die Ostdeutschen bilden die Bewohner der alten Bundesrepublik naturgemäß die wichtigste Referenzgruppe. Vergleicht man die Entwicklung in der früheren DDR mit den Modernisierungsprozessen in anderen postkommunistischen Transformationsgesellschaften, so war die Existenz des großen Bruders im Westen für die Ostdeutschen in vielerlei Hinsicht ein Segen. Ob er sich auch bewusstseinsmäßig per saldo positiv ausgewirkt hat, darf aber bezweifelt werden, wie die anhaltend hohe Unzufriedenheit vieler Ostdeutscher mit dem politischen System deutlich macht (Leggewie 2006).

An der Entwicklung des parteiendemokratischen Systems lassen sich die Konsequenzen und Widersprüche der Modernisierung gut veranschaulichen. Auch hier hat der Osten einen gewaltigen Lern- und Anpassungsprozess durchlaufen. Was die gesellschaftliche Verwurzelung der Parteien und ihre Organisationsbasis betrifft, bestehen aber weiterhin unüberbrückbare Unterschiede, die einer Angleichung an das westdeutsche Modell Grenzen ziehen. Laut einer neuen, von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Erhebung des Infra-test-Instituts gehören in Ostdeutschland 25 Prozent der Bevölkerung zum „ab-

Abbildung 1: Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1990 bis 2006 in Prozent



Quelle: Eurobarometer-Daten, eigene Zusammenstellung

gehängten Prekariat“ – gegenüber 4 Prozent in den Altbundesländern; gesamtdeutsch entspricht dies einem Anteil von 8 Prozent (Müller-Hilmer 2006). Diese Personengruppe weist eine besonders große Distanz zur Politik insgesamt und zu den etablierten Parteien auf (höchster Nichtwähleranteil und größtes Stimmenpotenzial für die Linkspartei.PDS und die Rechtsaußenparteien). Auch bei anderen Wählergruppen ist die Anwendbarkeit von milieu- oder konflikttheoretischen Modellen auf das Parteiensystem in den neuen Ländern erschwert, können von der sozialen Zugehörigkeit also nur bedingt Rückschlüsse auf das Wahlverhalten gezogen werden. Mit Blick auf das religiös-konfessionelle Cleavage entspricht die Zuordnung zwar dem aus dem Westen geläufigen Muster, wonach die Union bei Katholiken und kirchengebundenen Protestanten auf mehrheitliche Unterstützung rechnen kann, doch wird durch diese Konfliktlinie in der zu über zwei Dritteln konfessionslosen ostdeutschen Bevölkerung nur ein marginaler Wähleranteil erfasst. Das klassische sozialökonomische Verteilungscleavage erzeugte in den neuen Ländern zunächst sogar eine inverse Zuordnung, indem die Union in der (im Vergleich zu Westdeutschland quantitativ bedeutsameren) Gruppe der Arbeiter 1990 und 1994 zur bevorzugten Partei avancierte (Thumfart 2002: 272). Zu einer Annäherung an die alten Länder kam es hier erst ab Mitte der neunziger

Jahre. Mit der Abwendung der „unnatürlichen“ Klientel hat die CDU ihre Position als stärkste Partei im Osten seither an die organisatorisch noch weit schwächere SPD abgegeben.

Interessant ist auch der Blick auf die PDS. Anders als die Rede von der „Partei der Vereinigungsverlierer“ suggeriert, hat diese ihre Wähler bis 2005 nicht primär aus der Gruppe der Arbeiter oder der nach Einkommen, Schichtzugehörigkeit oder Bildung Unterprivilegierten rekrutiert, sondern aus Beamten, Angestellten und Arbeitslosen mit vergleichsweise hoher formaler Bildung, die früher zur DDR-Elite gezählt hatten. Erst zur Bundestagswahl 2005 sollte sich die Sozialstruktur in Richtung der Arbeiter und Arbeitslosen mit niedriger Bildung verschieben, wobei diese Gruppe unter den Wählern der Linkspartei.PDS in den alten Bundesländern noch sehr viel stärker überrepräsentiert ist als im Osten (Niedermayer 2006). Berücksichtigt man zusätzlich, dass auch die in den neuen Ländern zuletzt sehr erfolgreichen rechtsextremen Parteien ihre Unterstützung vornehmlich aus dieser Gruppe beziehen, wird das Ausmaß der sozialen Verwerfungen in Ostdeutschland deutlich.

Auch bei den Wertorientierungen zeigen sich im Vergleich zur alten Bundesrepublik große Unterschiede (Jagodzinski/Kühnel 2001). Die ostdeutschen Wähler sind in dieser Beziehung erstens homogener; zweitens bleiben ihre Ansichten weiterhin stark von „Elementen des sozialistischen Gesellschaftsmodells“ geprägt, was sich z.B. in der hohen Wertschätzung von Gleichheits- und Fürsorgevorstellungen ausdrückt. Dies führt dazu, dass ein ostdeutscher CDU-Wähler mit einem ostdeutschen SPD-Wähler häufig mehr gemeinsam hat als mit einem CDU-Wähler aus dem Westen. Dennoch ist das ostdeutsche Parteiensystem in ideologischer Hinsicht stärker polarisiert als das westdeutsche, da infolge der nachwirkenden SED-Vergangenheit zwischen der postkommunistischen PDS und den Ablegern der Westparteien sich immer noch tiefe Gräben auftun. Diese Gräben dürften aber in Zukunft an Bedeutung verlieren, wenn die Erinnerung an das DDR-Regime verblasst und die Einbeziehung der Postkommunisten in die Regierungsverantwortung dazu führt, dass diese von ihren systemfeindlichen Positionen abrücken müssen.

Richten wir den Blick weiter auf die organisatorische Seite. Auch hier begegnet uns eine unter dem Gesichtspunkt der Modernität eigentümliche Ambivalenz. So wie das ostdeutsche Parteiensystem in seiner gesellschaftlichen Verankerung einen Zustand beschreibt, von dem das westdeutsche Pendant einstweilen zwar noch entfernt ist, auf den es sich aber schrittweise zubewegt, so nehmen die Parteien in den neuen Ländern auch als Organisationen manches von dem vorweg, was die künftige Wirklichkeit der Parteiendemokratie ausmachen wird. Die Rede von „eklatanten Organisationsdefiziten“ (Birsl/Lösche 1998: 10) ist daher

zumindest missverständlich. Natürlich kommen die Parteien auch in Ostdeutschland um den Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur auf den verschiedenen föderalen Ebenen nicht umhin, wenn sie im Parteienwettbewerb durch eine erfolgreiche Wählerwerbung bestehen wollen. Dass dies ohne eine gewisse Mitgliederdichte nur schwer möglich ist, hat nach der Wende gerade die SPD schmerzhaft erfahren. Während Union und FDP auf die Ressourcen der gleichnamigen Blockparteien zurückgreifen konnten, mussten die Sozialdemokraten in den neuen Ländern als Organisation praktisch bei Null beginnen. Auch heute hat die SPD in Ostdeutschland insgesamt eben mal so viele Mitglieder wie ein durchschnittlicher mittlerer Parteibezirk im Westen. Ihre schwache gesellschaftliche Anbindung benachteiligt sie nicht nur bei der Wähleransprache; sie führt auch dazu, dass es der Partei mitunter an Kandidaten mangelt, um Vorstandsposten und kommunale Wahlämter zu besetzen. In den neuen Ländern gehört deshalb ein sehr viel höherer Prozentsatz unter den Mitgliedern als in den westlichen Parteigliederungen zu den „Aktivisten“ (50 gegenüber 10 Prozent), was sich zugleich in der Häufigkeit der Ein- und Austritte niederschlägt.

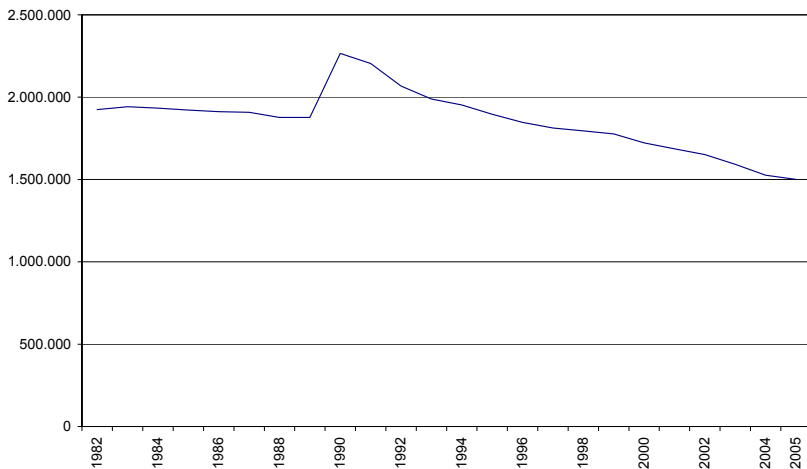
Wie gravierend sich die Organisationsprobleme auswirken, wenn es darum geht, eine zunehmend abwanderungsbereite Wählerschaft bei der Stange zu halten oder gegen die Verführungen populistischer oder extremistischer Protestparteien zu schützen, hat zuletzt die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt, wo SPD und CDU der rechtsextremen NPD in bestimmten Regionen des Landes (etwa Ostvorpommern) noch nicht einmal mehr ihre schiere Präsenz entgegensetzen konnten. Genau aus diesem Grund haben ja die zumeist aus dem Westen stammenden Funktionäre der NPD die neuen Länder als ihr bevorzugtes Terrain erkannt. Auch in anderen Bereichen hat sich die Strategiefähigkeit der Rechtsaußenparteien in den letzten Jahren verbessert. Dies stellt die etablierten Parteien vor eine ungewohnte Situation, nachdem sie sich in der Vergangenheit auf die Selbstzerstörungskraft ihrer rechtsextremen Herausforderer relativ sicher verlassen konnten.

4 Die gesellschaftliche Entwurzelung der Parteien

So wichtig die Schaffung funktionierender Mitgliederorganisationen aus den geschilderten Gründen ist, so wenig können die Parteien in den neuen Bundesländern dabei auf alte Vorbilder zurückgreifen. Wenn die Ära der herkömmlichen Massenintegrationsparteien in den etablierten demokratischen Systemen vorbei ist, wird sie in den sich demokratisierenden Staaten Mittel- und Osteuropas wohl kaum neu anbrechen! Im Gegenteil: Die dort entstandenen bzw. in

Entstehung begriffenen Parteien werden die Herausbildung eines neuartigen Parteientypus auch in den westlichen Ländern beschleunigen. Haupttriebfeder dieses Prozesses ist die Lockerung der gesellschaftlichen Bindungen der Parteien, die sich in rückläufigen Mitgliederzahlen und einer Erosion der Kernwählerschaft ausdrückt. Diese Entwicklung, die bereits vor der Wende in der alten Bundesrepublik angebahnt wurde, beschleunigte sich rasant in den neunziger Jahren. So ging im Zeitraum 1990 bis 2002 die Gesamtmitgliederzahl der politischen Parteien von 2,3 auf rund 1,6 Millionen zurück, was einem Minus von 30 Prozent entspricht. Ende 2006 betrug sie nur noch rund 1,4 Millionen, nachdem allein die SPD seit Verkündung der Agenda 2010 den Austritt von weiteren 130.000 Mitgliedern zu verkraften hatte.

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung der Bundestagsparteien seit 1982



Quelle: eigene Berechnung nach den jährlichen Angaben der Geschäftsstellen

Nicht minder eindrucksvoll ist die Verschiebung des Verhältnisses von Stamm- und Wechselwählern. Nach einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung waren im Jahre 1990 19 Prozent der Wähler sichere Stammwähler der CDU / CSU und 13 Prozent sichere Stammwähler der SPD.¹ Bei den damaligen Kräfteverhält-

¹ Zur Bestimmung des „sicheren“ Stammwählers wurden dabei vier Kriterien zugrunde gelegt: die Wahlabsicht, das erinnerte Stimmverhalten bei der letzten Wahl (recall), die Parteidentifikation und der

nissen entsprach dies einem Stammwähleranteil von rund 40 Prozent bei der Union und 30 Prozent bei den Sozialdemokraten. Bis zum Jahre 2001 gingen die Werte auf 10 bzw. 8 Prozent aller Wähler zurück. Umgerechnet auf die jeweiligen Stimmenanteile heißt das, dass von den Unionswählern heute nur noch 25 Prozent, von den SPD-Wählern sogar nur noch 20 Prozent zur sicheren Stammwählerschaft gerechnet werden können. Die restlichen 75 bzw. 80 Prozent sind lediglich mobilisierbare Wechselwähler, die von den Parteien gezielt umworben werden müssen (Brunner/Graf/Neu 2001).

Der Anstieg des Wechselwähleranteils hat zur Folge, dass auch die Volatilität steigt, das heißt: die Schwankungen der Wahlergebnisse zunehmen. Zwischen Volatilität und Parteiensystemstruktur besteht dabei ein wechselseitiger Zusammenhang. Je wankelmütiger die Wähler werden, um so größere Chancen haben neue Parteien, relevante Stimmenanteile zu ergattern und sich womöglich dauerhaft zu etablieren. Und umgekehrt: Je mehr Parteien es in einem Parteiensystem gibt, um so größer sind die Auswahlmöglichkeiten für den Wähler.² Hinzu kommt die Option der Nichtwahl, die bei den Volatilitätsindizes noch gar nicht berücksichtigt ist. Die Wahlbeteiligung ist in der Bundesrepublik – wie in anderen westlichen Demokratien – auf allen Ebenen des politischen Systems rückläufig, unterliegt aber auch stärkeren Schwankungen als früher. Bei Landtagswahlen erreichte sie ihren bisherigen Tiefststand im März 2006 in Sachsen-Anhalt (44,4 Prozent), während in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ein halbes Jahr später immerhin noch 59,2 bzw. 58,0 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne gingen. Ein vergleichbares Bild zeigt sich bei Betrachtung der zusammengefassten Stimmenanteile der sogenannten „Sonstigen“, nicht etablierten Kleinparteien, die in der Wahlberichterstattung gerne vernachlässigt werden.³ Diese haben bei den Zwischen- oder Nebenwahlen (wozu neben den Landtagswahlen insbesondere

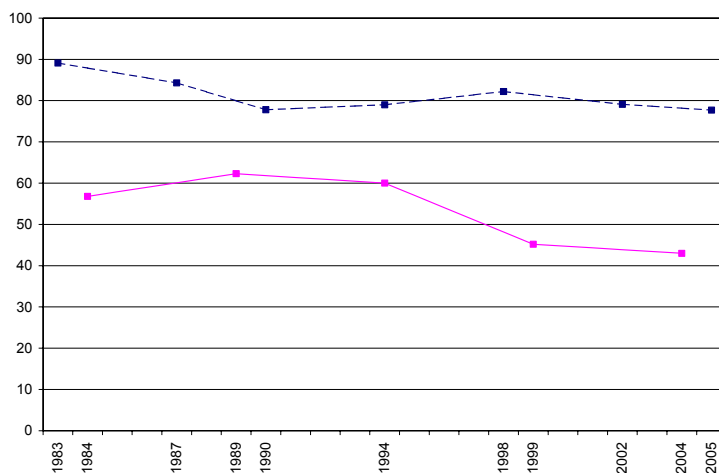
Sympathiefaktor. Wo weichere Kriterien verwendet werden, weisen die Untersuchungen naturgemäß einen höheren Stammwähleranteil aus (vgl. z.B. Stöss 2000).

² Die steigende Zahl der Wettbewerber, die in der Bundesrepublik zu Wahlen antreten, mag dies belegen. Wurden vom Bundeswahlleiter 1980 die Listen von 12 Parteien bzw. Wählervereinigungen zur Bundestagswahl zugelassen, so waren es 1998 bereits 29. Zu den Europawahlen traten 2004 fast dreimal soviel Parteien an wie 1979 (24 gegenüber 9). Der Wert für 1989 (22 Parteien) zeigt, dass dieser Anstieg schon vor der deutschen Einheit eingesetzt hatte.

³ Auch das wissenschaftliche Interesse an den nicht-etablierten Kleinparteien ist in der Bundesrepublik lange Zeit gering geblieben. Während die Vertreter der verschiedenen Parteienfamilien, insbesondere an den äußeren Rändern, als durchaus gut erforscht gelten können, dauerte es nach Manfred Rowolds (1974) Bonner Dissertation exakt ein Vierteljahrhundert, bis mit Dirk van den Booms (1999) Habilitationsschrift erstmals wieder eine Gesamtdarstellung vorgelegt wurde. Auch wenn sich die Literaturlage inzwischen etwas verbessert hat (z.B. Schulze 2004, Jun/Kreikenbom/Neu 2006), fehlt es weiterhin an einem umfassenden Überblick. Für eine komprimierte Darstellung vgl. das 1964 erstmals erschienene Taschenbuch des Olzog-Verlages, das inzwischen in der 27. Auflage vorliegt (Oberreuter 2006).

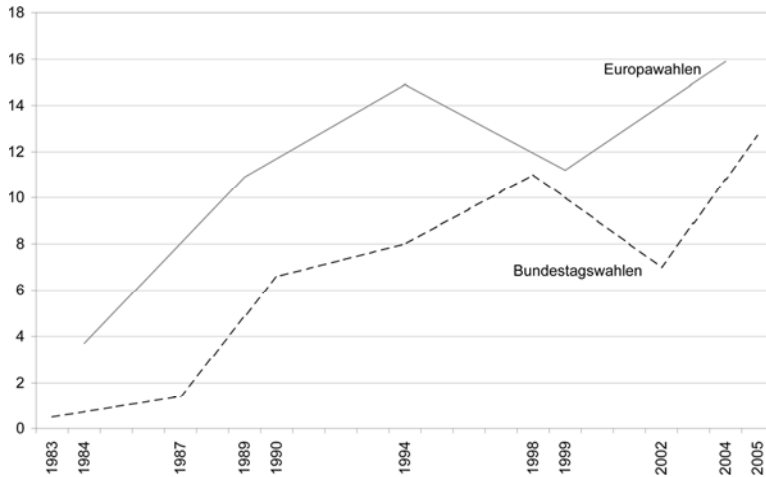
die Europawahl gehört) zuletzt immer mehr Zuspruch erfahren. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 2006 kamen die „Sonstigen“ auf 3,9 Prozent, bei der am selben Tag stattfindenden Abgeordnetenhauswahl in Berlin auf 11,1 Prozent (darunter allein 3,8 Prozent für die →Grauen). Nimmt man das Resultat für die NPD hinzu, belief sich die Quote des „abweichenden“ Stimmverhaltens in Mecklenburg-Vorpommern auf 11,2 und in Berlin auf 13,7 Prozent. Bei den bundesweit stattfindenden Europawahlen im Juni 2004, die aufgrund ihrer gering eingeschätzten Bedeutung noch stärker zur Sanktionswahl einladen als die Landtagswahlen, lag sie mit 15,9⁴ sogar noch darüber. Nahezu spiegelbildlich dazu verhält sich der Stimmenanteil, den Union und SPD gemeinsam auf sich vereinigen konnten. In Berlin, Brandenburg und Sachsen betrug dieser zuletzt kaum mehr als 50 Prozent, während er bundesweit und im Durchschnitt der alten Länder von über 90 Prozent in den siebziger Jahren auf heute weniger als 80 Prozent zurückgegangen ist. In Verbindung mit der sinkenden Wahlbeteiligung heißt das, dass die beiden Volksparteien nur noch gut 60 Prozent der Wähler hinter sich versammeln können (→Niedermayer in diesem Band).

Abbildung 3: Wahlbeteiligung bei Bundestags- und Europawahlen seit 1983 bzw. 1984



⁴ Das Ergebnis der im Westen damals noch nicht etablierten PDS ist hier mit eingerechnet.

Abbildung 4: Quote des „abweichenden“ Stimmverhaltens bei Bundestags- und Europawahlen seit 1983 bzw. 1984 (zusammengefasste Stimmenanteile der sonstigen Parteien und der PDS)



Der Rückgang der Parteibindungen kann auf gesellschaftliche (sozialstrukturelle) und politische Gründe zurückgeführt werden. Die sozialstrukturellen Faktoren sind längerfristig wirksam und insofern weniger kontingent als das Handeln der politischen Akteure. Deshalb und weil sie sich mit den quantitativ-statistischen Methoden der Wahlsoziologie gut einfangen lassen, haben sie die Forschung lange Zeit dominiert. Mit dem Bedeutungsverlust der einstmals parteibildenden Konfliktlinien (*cleavages*) und Milieus sind die politischen Faktoren stärker ins Blickfeld geraten. Über Formen und Ursachen der gesellschaftlichen Entwurzelung existiert eine umfangreiche Literatur, die hier nicht weiter ausgebreitet werden muss (vgl. statt vieler Brettschneider/van Deth/Roller 2002). Die Stichworte lauten Tertiärisierung, Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Individualisierung, Säkularisierung und Wertewandel. Zusammengefasst werden können sie im Begriff der „Pluralisierung“. Diese findet ihren Niederschlag darin, dass „die großen Effekte der politisierten Sozialstruktur allmählich durch kleinere Effekte bestimmter sozialstruktureller Lagen abgelöst werden, die sich nicht mehr zu einem großen Gesamteffekt der ‚Sozialstruktur‘ oder zumindest der ‚Klassenstruktur‘ aufaddieren“ (Pappi 2002: 42). So wie der sozioökonomische Konflikt sich in mehrere disparate Verteilungscleavages „verflüchtigt“, bei denen die Interessen

der verschiedenen Gruppen immer weniger Übereinstimmungspunkte aufweisen, so werden auch die kulturellen Orientierungen und Lebensstilmerkmale vielfältiger. Gleichzeitig entkoppeln sich beide Aspekte, sodass von der sozial-ökonomischen Lage einer Person nur noch bedingt auf ihre Wertvorstellungen geschlossen werden kann. Ob die kulturellen gegenüber den verteilungsbezogenen Konflikten in der nachindustriellen Gesellschaft generell an Bedeutung zunehmen, wie es manche Autoren behaupten, können wir an dieser Stelle dahingestellt sein lassen (Decker 2004: 233 ff.). Ihre Brisanz liegt vor allem in der polarisierenden Wirkung, da Wertfragen – anders als Verteilungsfragen – der Natur nach wenig kompromissfähig sind. Wie ein Vergleich zwischen Europa und den USA zeigt, gibt es dabei aber innerhalb der westlichen Demokratien immense Unterschiede, die manche Erkenntnis von früher auf den Kopf stellen.⁵

Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass sozialstrukturelle Merkmale für das Wahlverhalten irrelevant wären – wie der bleibende Stammwähleranteil zeigt, sind sie es keineswegs (Thaidigsmann 2004). Nach wie vor wählen kirchentreue Katholiken überproportional häufig CDU/CSU und Gewerkschaftsmitglieder SPD. Die Merkmale verlieren aber in qualitativer und quantitativer Hinsicht an Bedeutung. Die Bindungen schwächen sich auch bei den Traditionswählern ab, und durch das Cleavage wird ein immer kleinerer Teil der Gesellschaft erfasst. Beide Effekte können sich unterschiedlich verteilen. So ist z.B. die Quote der regelmäßigen Kirchgänger unter den Katholiken in den letzten fünfzig Jahren von 60 auf 12 Prozent (!) gesunken, sodass der Union die vergleichsweise große Treue dieser Wählergruppe nur wenig nützt. Umgekehrt stellt sich das Problem bei der SPD dar: Hier hält sich der Schrumpfungsprozess ihrer Kernklientel in der Industriearbeiterschaft noch in Grenzen, doch kann die Partei diese schon lange nicht mehr als sicheres Rekrutierungsreservoir betrachten. Beide Volksparteien stehen mithin vor der Situation, ihre Mehrheitsfähigkeit nur durch eine programmatische Öffnung für neue Wählerschichten retten zu können. Gerade damit laufen sie aber Gefahr, die getreuen Stammwähler weiter zu verprellen. Der Hamburger Politologe Elmar Wiesendahl (1992) spricht treffend von einer „Modernisierungsfalle“.

⁵ Wenn die „Amerikanisierung“ der Wahlen eine Antwort auf abnehmende Parteibindungen darstellt, dann ist kein politisches System heute weniger „amerikanisiert“ als das US-amerikanische. Neuere Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass in den USA nur noch 7 bis 8 Prozent der Wähler als echte Wechselwähler bezeichnet werden können. Der Hauptgrund dafür liegt in einer Verschärfung der sozialkulturellen Gegensätze, die zu einer Zunahme und Verfestigung der Parteidentifikationen geführt hat. Ablesen lässt sich das u.a. am Rückgang des *split-ticket-votings* und der geringen Quote der unentschiedenen Wähler. Republikaner und Demokraten sind deshalb gut beraten, sich bei der Wählermobilisierung vorrangig um die eigene Klientel zu bemühen, wenn sie ihre Chancen optimieren wollen (Löschke 2004). Zur Übertragbarkeit der „Amerikanisierungsthese“ auf die Bundesrepublik vgl. unten Punkt 8.

Die schwierige Gratwanderung zwischen alten und neuen Wählern lässt sich auch am vermeintlichen Widerspruch von „Tradition“ und „Modernisierung“ festmachen. Politologen wie der Berliner Politikberater Tobias Dürr (2005: 35 f.) vermuten, dass die Gegensätze Staat vs. Markt, Kapital vs. Arbeit oder Materialismus vs. Postmaterialismus, die dem hergebrachten Rechts-Links-Schema zugrunde liegen, die wahren Konfliktlagen im deutschen Parteiensystem gar nicht mehr abbilden. Entscheidend sei vielmehr die Bruchlinie zwischen den beharrenden und den veränderungsbereiten Kräften, die – in unterschiedlicher Mischung und Färbung – in allen bundesdeutschen Parteien vertreten sind und die genannten Gegensätze überlagern. Die Hauptspaltungslinie verläuft demnach nicht zwischen den Parteien, sondern innerhalb dieser. Dies gilt laut Dürr selbst für „den Anhang der in vieler Hinsicht völlig zu Unrecht als besonders bewegungsfreudig geltenden FDP. Einzig die um dieselben sozial marginalisierten Wählergruppen konkurrierenden Parteien NPD, DVU und ‚Linkspartei‘ lassen sich – unbeschadet unterschiedlicher ideologischer Wurzeln – eindeutig als reine ‚Parteien der Beharrung‘ charakterisieren: In ihrem gemeinsamen Populismus und Protektionismus eint sie de facto weitaus mehr, als sie voneinander trennt.“

Der Ausgang der Bundestagswahl 2005 hat gezeigt, wie stark das sozialstaatliche Sicherheitsdenken in der Bundesrepublik ausgeprägt ist. Die drohende Abwanderung von SPD-Wählern zur Linkspartei.PDS führte einerseits zu der Merkwürdigkeit, dass die Regierungspartei im Wahlkampf wie eine Oppositionspartei auftrat und ihre Reformpolitik der vergangenen Jahre im Grunde dementierte. Auf der anderen Seite musste die Union lernen, dass ihr Versuch, mit einer „Strategie der Ehrlichkeit“ noch sehr viel weiter reichende Reformziele zu propagieren, auch in der eigenen Anhängerschaft auf wenig Gegenliebe stieß. Nachdem das Wahlergebnis die beiden Volksparteien in eine Große Koalition gezwungen hatte, herrschte unter vielen Beobachtern die Erwartung, Union und SPD würden ihr Wettbewerbsinteresse nun der gemeinsamen Suche nach Problemlösungen unterordnen und die veränderungsbereiten Kräfte in ihren Parteien zu einer mutigen Reformkoalition zusammenführen. Diese Erwartung wurde jedoch schon bald enttäuscht. Die Große Koalition konnte zwar in einigen Bereichen Entscheidungen durchsetzen, die unter der rot-grünen Vorgängerregierung vom unionsdominierten Bundesrat verhindert worden waren (etwa bei der Haushaltskonsolidierung und Kürzung von Steuersubventionen). In anderen Fragen scheiterte sie aber am wechselseitigen Misstrauen der beiden Partner, die ihre über Jahrzehnte aufgebaute gegnerschaftliche Orientierung nicht ablegen wollten und deshalb nur kleinteilige Kompromisse zustandebrachten (Gesundheitspolitik). Dieses Misstrauen war auch auf die parteiinternen Konflikte und Meinungsunterschiede zurückzuführen. Einerseits gab es in der SPD-Führung wenig Be-